

Gebrochene Finanzierungsversprechen

Die globale Klimafinanzierung braucht dringend einen Paradigmenwechsel

David Ryfisch

Jedes Jahr bekommen wir die Auswirkungen des Klimawandels durch neue Superlative der Wetterextreme zu spüren. 2021 wurde dies in Deutschland mit den verheerenden Überschwemmungen im Westen für viele erstmals auf furchtbare Weise gegenwärtig. Fast zeitgleich wurden im Nordwesten der USA und in Kanada nie zuvor erlebte Hitzeextreme gemessen. Doch während Deutschland die Kapazität hat, mehrere Milliarden Euro zur Bewältigung der Schäden und Verluste im Ahrtal bereitzustellen, haben Länder des Globalen Südens nicht die Möglichkeit in ähnlicher Weise zu reagieren.

Mozambik wurde 2019 innerhalb von sechs Wochen von den Zyklonen Idai und Kenneth getroffen. Gemeinsam kosteten sie 600 Menschen das Leben, zerstörten 200.000 Häuser und verursachten einen Gesamtschaden von 3,2 Mrd. US\$ – der Hälfte des gesamten Staatshaushalts. Ähnlich traf es 2020 Zentralamerika mit zwei Kategorie 4-Hurrikanen. Die am stärksten vom Klimawandel beeinträchtigten Regionen treten in einen Teufelskreis aus Disaster, schuldenfinanziertem Wiederaufbau, wachsender Verschuldung und neuerlich auftretenden Extremwetterereignissen. Sie haben eine Kaskade an Krisen zu bewältigen: neben Klima- und Schuldenkrise auch noch das Artensterben sowie eine durch die russische Invasion in der Ukraine mitverursachte Ernährungskrise.

Gleichzeitig zeigt der aktuelle Bericht des Weltklimarats IPCC von 2022, dass weiter steigende Emissionen die Lage massiv verschärfen werden. Der IPCC sieht fast die Hälfte der Weltbevölkerung einem hohen Risiko ausgesetzt. Somit brauchen die Ärmsten und Verletzlichsten nicht nur Unterstützung bei der Anpassung an die Folgen der Klimakrise und beim Umgang mit den durch die Klimaauswirkungen entstandenen Schäden und Verlusten, sondern müssen auch befähigt werden, einen Entwicklungspfad einzuschlagen, der nicht auf fossilen Energieträgern und damit fortwährend steigenden Emissionen basiert. Hierzu ist die internationale, durch Industrieländer bereitgestellte Klimafinanzierung für den Globalen Süden der wichtigste Schlüssel.

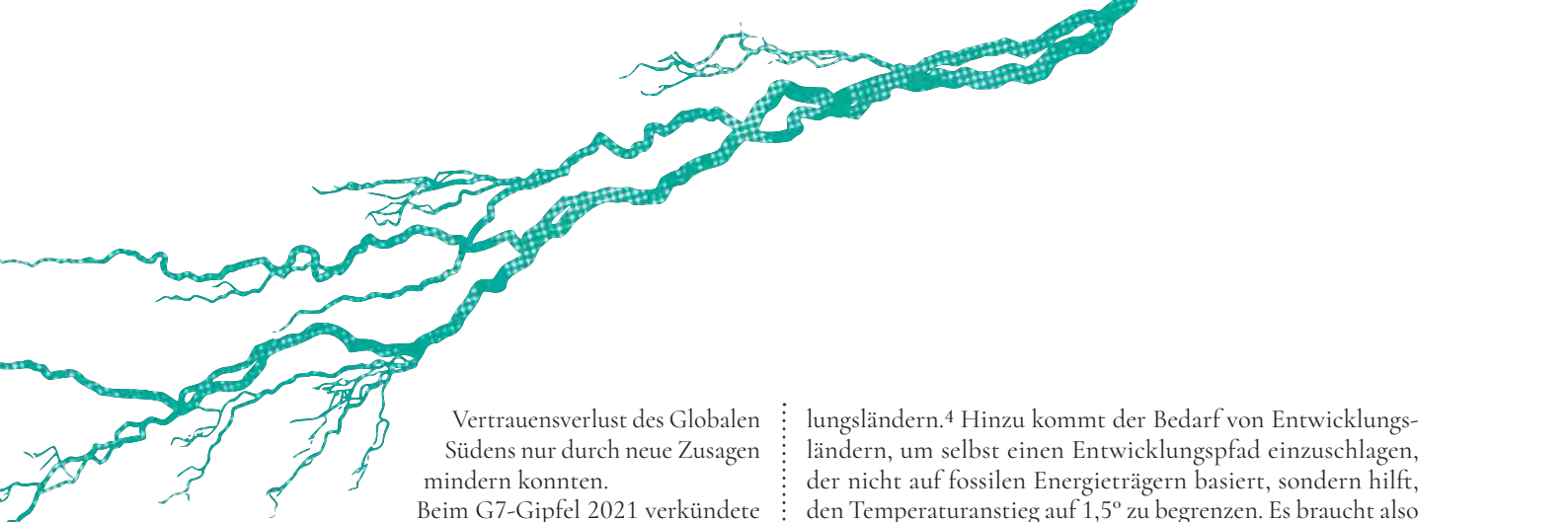
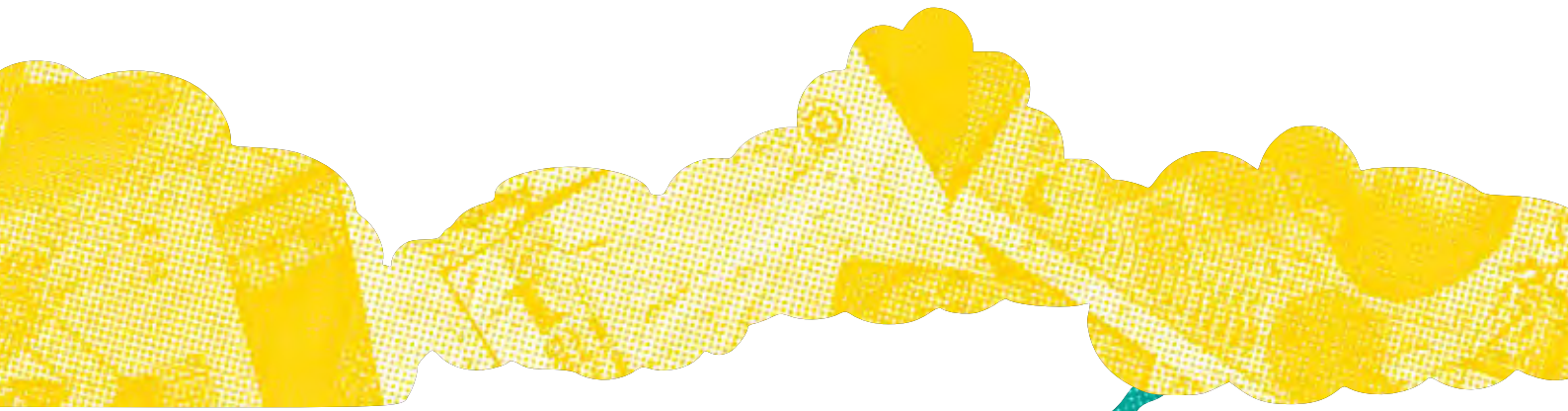
Unterstützungsversprechen gebrochen

Die Industrieländer verpflichteten sich bereits 2009 bei der COP15 in Kopenhagen dazu, zusätzliche internationale Klimafinanzierung für den Globalen Süden bereitzustellen und zu mobilisieren. Diese sollte 2020 pro Jahr 100 Mrd. US\$ erreichen. Dieses Versprechen wiederholten die Industrieländer im Pariser Abkommen 2015 und sagten darüber hinaus zu, bis 2025 weiterhin mindestens 100 Milliarden US\$ jährlich bereitzustellen. Für die Zeit nach 2025 sollte ein neues Ziel

definiert werden. Die Verpflichtungen aus dem Pariser Abkommen besagten weiterhin, dass Klimaschutz und Anpassung an den Klimawandel gleichermaßen finanziert werden sollten, dass insbesondere für Anpassung Zuschüsse benötigt würden und dass die tatsächlichen Bedarfe und Prioritäten der Entwicklungsländer in die Kalkulation einbezogen werden sollten. Ausgenommen von diesen Verpflichtungen ist die Unterstützung bei Schäden und Verlusten. Seit Jahren gibt es dazu bei den UN-Klimaverhandlungen kaum nennenswerte Erfolge, da einige Industrieländer, allen voran die USA, sich vehement gegen eine Finanzierung zu diesem Punkt wehren. Dies ist unter anderem mit der Sorge vor Kompensationszahlungen zu begründen.

Nachdem die Industrieländer jahrelang erklärt hatten, dass sie auf einem guten Weg seien, die versprochenen 100 Mrd. US\$ 2020 zu erreichen, mussten sie 2021 einräumen, dass dieses Ziel nicht rechtzeitig erreicht wird. Noch ernüchternder ist, dass die Industrieländer nun „spätestens“ 2023 erwarten, die 100 Mrd. US\$ tatsächlich bereitzustellen.¹ Bis dahin wird sich ein beträchtlicher Fehlbetrag zur abgegebenen Verpflichtung aufsummieren. Die Länder des Globalen Südens hatten gefordert, dass die Industrieländer für den Zeitraum 2020 bis 2025 insgesamt 600 Mrd. US\$ bereitstellen, also in den Jahren nach 2023 die vorherigen Fehlbeträge wieder wettmachen. Doch eine solche Einigung konnte bei den Klimaverhandlungen 2021 in Glasgow (COP26), insbesondere aufgrund der Haltung der USA, nicht erreicht werden.

Dabei sind es die USA, die laut Overseas Development Institute (ODI), einer britischen Denkfabrik, am weitesten davon entfernt sind, ihren fairen Anteil am 100 Milliarden-Ziel zu erreichen.² Während Deutschland mit durchschnittlich 9,2 Mrd. US\$ 2017 und 2018 sogar etwas mehr als seinen fairen Anteil bereitgestellt habe, hätten die USA lediglich 4 % dessen effektiv geleistet, was sie hätten bereitstellen müssen. Nur etwas weniger ernüchternd ist es im Fall von Australien, Italien und Spanien. Immerhin erkannten die Industrieländer, dass sie hier in der Bringschuld sind und sie den erheblichen



Vertrauensverlust des Globalen Südens nur durch neue Zusagen mindern konnten.

Beim G7-Gipfel 2021 verkündete

Kanzlerin Merkel, dass Deutschland seine

Klimafinanzierung aus Zuschüssen auf 6 Mrd. € bis 2025 – gegenüber geplanten 4 Mrd. € 2020 – weiter erhöhen würde. Weitere Geberländer zogen im Laufe des vergangenen Jahres nach und erhöhten ihre Klimafinanzierungsziele bis 2025. Die Geberländer selbst schätzen, auf dieser Basis spätestens 2023 die 100 Mrd. US\$ erreicht zu haben. Selbst wenn dies jedoch 2023 geschafft und anschließend übererfüllt würde, ist es deutlich zu wenig gemessen an den wachsenden Bedarfen. Zudem bleiben Fragezeichen, ob die Industrieländer tatsächlich ihre Versprechen dieses Mal werden halten können. Nicht zuletzt ist Deutschlands mittelfristige Finanzplanung noch nicht auf eine Erhöhung der Klimafinanzierung bis 2025 ausgerichtet. Hier muss die Bundesregierung dringend nachbessern.

Neues Paradigma notwendig

Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen schätzt, dass die Kosten allein für Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern von heute jährlich rund 70 Mrd. auf 300 Mrd. US\$ bis 2030 steigen könnten.³ Schätzungen zu darüberhinausgehenden Kosten für Schäden und Verluste belaufen sich auf 580 Mrd. US\$ bis 2030 allein in Entwick-

lungsländern.⁴ Hinzu kommt der Bedarf von Entwicklungsländern, um selbst einen Entwicklungspfad einzuschlagen, der nicht auf fossilen Energieträgern basiert, sondern hilft, den Temperaturanstieg auf 1,5° zu begrenzen. Es braucht also einen kompletten Paradigmenwechsel bei der internationalen Klimafinanzierung. Hierbei wird die Klimafinanzierung in neue Dimensionen vorstoßen müssen, um eine adäquate Antwort auf die Bedarfe des Globalen Südens zu geben. Dabei ist klar, dass nicht alle Gelder aus öffentlicher Hand werden kommen können. Der Investitionsbedarf ist schlicht zu hoch. Gleichzeitig gibt es gerade im Anpassungsbereich noch wenige Lösungen, um den Privatsektor zu Investitionen zu bewegen. Hier sowie beim Umgang mit Schäden und Verlusten wird es erhebliche Zuschussmengen aus öffentlichen Geldern der Industrieländer brauchen. Überdies muss klar sein, dass sich seit Kopenhagen 2009 die globalen Verhältnisse erheblich verschoben haben. Einige Länder, darunter insbesondere China, sollten selbst einen Beitrag ergänzend zu den Mitteln der Industrieländer leisten, um eine gemeinsame Antwort auf die Herausforderung des Klimawandels in den Ländern der Ärmsten und Verletzlichsten zu finden.

Diesem Anspruch müssen die in diesem Jahr startenden Verhandlungen zum neuen Klimafinanzierungsziel für die Zeit nach 2025 gerecht werden. Es ist essenziell, dass das neue Ziel an den tatsächlichen Bedarfen der Länder des Globalen Südens ausgerichtet ist.



Verantwortung der deutschen G7-Präsidentschaft

Mit der aktuellen G7-Präsidentschaft bietet sich der Bundesregierung die Möglichkeit, für die internationale Klimafinanzierung wegweisende Entscheidungen voranzutreiben. Zunächst sollten sich Deutschland und die G7 dafür einsetzen, bereits 2022 und nicht erst 2023 das 100 Milliarden-Ziel zu erreichen.⁵ Jedes zurückgewonnene Jahr ist ein wichtiger Beitrag fürs Klima sowie für das Vertrauen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Dabei ist gerade für die Ärmsten und Verletzlichsten die Verfügbarkeit von Zuschüssen für die Anpassung an den Klimawandel unabdingbar. Dabei sollten die G7 beim Verdopplungsversprechen für Anpassungsfinanzierung der COP26 vorangehen.

Um die Chance zu wahren, den Temperaturanstieg auf 1,5° zu begrenzen, sollten die G7 außerdem Klima- und Energiepartnerschaften mit Schwellen- und Entwicklungsländern eingehen und mit entsprechenden finanziellen Mitteln untermauern. Die bei COP26 angekündigte Partnerschaft Deutschlands und weiterer Partner mit Südafrika ist dafür eine Blaupause. Diese Partnerschaften müssen eine attraktive Alternative zum fossilen Entwicklungspfad bieten. Wenn Industrieländer sich lediglich dazu bekennen, international keine fossilen Energieträger zu finanzieren, – was prinzipiell richtig ist – dabei aber keine Alternativen bieten, drohen sie, sich des Neokolonialismus schuldig zu machen. Dies gilt insbesondere, wenn noch – wie Anfang des Jahres auf EU-Ebene – fossiles Gas als grün klassifiziert wird.

Unverkennbar sorgt die Klimakrise bereits jetzt für Schäden und Verluste, die sich durch Anpassungsmaßnahmen nicht mehr verhindern lassen. Doch während Länder wie Deutschland die finanzielle Kapazität haben, sich aus eigenen Mitteln davon zu erholen, gilt dies nicht für die Ärmsten und Verletzlichsten. Um zu vermeiden, dass Länder des Globalen Südens fortwährend in ihrer Entwicklung zurückgeworfen werden, muss endlich adäquate Unterstützung für den Um-

gang mit Schäden und Verlusten zur Verfügung gestellt werden. Die G7 sollten hier einen globalen Schutzschirm aufspannen, der die Länder zügig und unbürokratisch unterstützt.

Abschließend müssen die G7 die neuen Dimensionen der künftigen Klimafinanzierung anerkennen. Sie können zum notwendigen Paradigmenwechsel beitragen, indem sie sich dazu verpflichten, das neue Klimafinanzierungsziel für die Zeit nach 2025 tatsächlich an den Bedarfen der Entwicklungsländer auszurichten.

- 1 Flasbarth, Jochen/Wilkinson, Jonathan. (2021): Climate Finance Delivery Plan: Meeting the US\$100 Billion Goal. Glasgow. <https://ukcop26.org/wp-content/uploads/2021/10/Climate-Finance-Delivery-Plan-1.pdf>
- 2 Colenbrander, Sarah/Cao, Yao et al. (2021): A fair share of climate finance? Apportioning responsibility for the \$100 billion climate finance goal. ODI Working Paper. London: ODI. <https://www.odi.org/en/publications/a-fair-share-of-climate-finance-apportioning-responsibility-for-the-100-billion-climate-finance-goal>
- 3 United Nations Environment Programme (2021): Adaptation Gap Report 2021: The gathering storm – Adapting to climate change in a post-pandemic world. Nairobi. <https://www.unep.org/resources/adaptation-gap-report-2021>
- 4 Markandya, Anil/González-Eguino, Mikel (2018): Integrated Assessment for Identifying Climate Finance Needs for Loss and Damage: A Critical Review. In: Mechler Reinhard/Bouwer, Laurens et al. (Hrsg.): Loss and damage from climate change. Concepts, methods and policy options. Cham. S. 343-362. https://link.springer.com/content/pdf/10.1007%2F978-3-319-72026-5_14.pdf
- 5 Germanwatch/Care/Oxfam (2022): G7 in 2022: Five areas for advancing climate finance. https://www.germanwatch.org/sites/default/files/germanwatch_care_oxfam_briefing_advancing_climate_finance_0.pdf



David Ryfisch ist Teamleiter für Internationale Klimapolitik bei Germanwatch. Dabei verantwortet er die Arbeit von Germanwatch zu Sustainable Finance, Klimafinanzierung sowie zur G7- und G20-Politik.

Dieser Text ist Teil des

Rundbrief Forum Umwelt & Entwicklung, Ausgabe 1/2022

WAS KOSTET DIE WELT?

NACHHALTIGKEIT BRAUCHT GERECHTE FINANZSYSTEME



Zum Download weiterer Artikel und des gesamten Rundbriefs:
<https://www.forumue.de/hintergrundanalyse/rundbriefe/>